



PRESSEDIENST

Arbeiterwohlfahrt

Niedersachsen -LAG-

Körtingsdorfer Weg 8

30455 Hannover

Tel. 0511/4952-285

Fax 0511/4952-280

Mail: sabine.schmitz@bv-hannover.awo.de

An die Redaktionen

17.02.2006

AWO kritisiert Fehlentscheidung des Petitionsausschusses Axel Plaue: Korrektur sowie Einrichtung einer Härtefallkommission durch den Niedersächsischen Landtag dringend erforderlich

Hannover. Die gestrige Entscheidung des Petitionsausschusses verdeutlicht erneut die Dringlichkeit für die Einrichtung einer Härtefallkommission in Niedersachsen.

Der Petitionsausschuss hatte gestern u.a. über den Fall einer in der Nähe von Westerstede lebenden Familie zu entscheiden, die seit 1992 in Deutschland lebt. Die aus Syrien stammende Mutter von acht Kindern wurde im Alter von 15 Jahren zwangsverheiratet. Ihr Ehemann ist rechtskräftig wegen Körperverletzung und sexueller Nötigung verurteilt, er hat seine Frau und die Kinder jahrelang terrorisiert. Wegen der psychischen Folgen befinden sich die Mutter und einige Kinder noch heute in ärztlicher Behandlung. Seit der Abschiebung des Mannes nach Syrien im Juni vergangenen Jahres haben sich Mutter und Kinder bestens integriert. Die Familie bezieht seit über einem Jahr keine Sozialleistungen mehr. Dennoch soll die Mutter mit ihren acht Kindern nach Syrien abgeschoben werden. Dort würde nach geltendem Recht dem Ehemann das Sorgerecht für die Kinder zufallen.

Die Mitglieder der Beratergruppe zum Petitionsausschuss, in der auch die Niedersächsischen Wohlfahrtsverbände vertreten sind, hatten sich mehrheitlich für eine Anerkennung der Familie durch den Petitionsausschuss als Härtefall ausgesprochen.

Mit den Stimmen von CDU und FDP hat sich der Petitionsausschuss dennoch gestern erneut über die Empfehlung des Beratergremiums hinweggesetzt. Seit der Einrichtung der Beratergruppe im Herbst 2005 ist bislang kein einziger Fall in denen das Beratergremium ein Votum abgegeben hat, von den Regierungsfractionen im Petitionsausschuss anerkannt worden.

Der Landesvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt, Axel Plaue, zeigte sich heute entsetzt über diese an Härte und Unmenschlichkeit kaum zu überbietende Entscheidung und fordert daher den Niedersächsischen Landtag auf, diese Fehlentscheidung des Petitionsausschusses zu korrigieren. Danebens fordert er schnellstmöglich die Einrichtung einer Härtefallkommission im Sinne des Zuwanderungsgesetzes in Niedersachsen. Dabei sind die Wohlfahrtsverbände mit Stimmrecht einzubeziehen, wie dies bereits in zwölf weiteren Bundesländern erfolgreich praktiziert wird.